

Die Stadt der Zukunft

Wie wollen wir morgen leben? Umriss der „Stadt der Zukunft“ wollte die SGK durch ihr Zukunftsforum in Bielefeld sichtbar werden lassen und führte dazu unter der Moderation von Svenja Schulze (Münster) eine Debatte, die drei Themenkreise umfasste:

WIE SIEHT DIE „STADT DER KINDER“ EIGENTLICH AUS?

Gabriele Warminski-Leiheusser, Dezernentin im Kreis Unna forderte klare Ziele: Kinder brauchen „Eintrittskarten fürs Leben“, die die Grundlage für ein selbstbestimmtes Leben schaffen. Erforderlich sei ein politischer Konsens, um möglichst viel in Kinder zu investieren, und zwar auch in Zeiten „knapper Kassen“. „Ist es denn so bei den Haushaltsberatungen, dass alle soviel wie möglich in Kinder investieren?“, fragte sie provozierend ins Publikum.



„Eine optimale Bildungslaufbahn für Kinder ist nicht nur eine Frage sozialer Gerechtigkeit, sondern auch eine Investition in die Zukunft der Stadt“, so die Dezernentin.

Wenn wir 10-12 Prozent Verlierer im Jahr produzieren, zerstöre dies nicht nur den Zusammenhalt in der Stadt, sie verliere auch ihre soziale Innovationsfähigkeit. „Bildung ist deshalb der Schlüssel. Bildung von der Geburt bis zum ersten Abschluss, und zwar möglichst bald kostenlos.“ Unter Hinweis auf die Stadt Gelsenkirchen kritisierte sie:

„Investitionen in Kinder dürfen nicht von der Kommunalaufsicht verhindert werden.“

Heinz Hilgers, Präsident des Kinderschutzbundes und Bürgermeister in Dormagen, ging konkret zur Sache: „Wir sind in Deutschland dabei, mindestens zweieinhalb Millionen Kinder zu Leistungsempfängern zu machen.“



„Prävention“, laute die Formel, dies zu verhindern. „Viele Eltern kümmern sich liebevoll um ihre Kinder, aber es gibt auch die Fälle, wo Hilfe dringend nötig ist und früh ansetzen muss.“

Dies sei auch der Kern des vorsorgenden Sozialstaates: Hilfe zur Selbsthilfe, die allerdings nicht nur die Bildungsfrage umfasse. Vernetzung der sozialen Systeme: Jugend-, Sozialhilfe und Bildungseinrichtungen müssen zusammenarbeiten, und zwar so früh wie möglich, fordert Hilgers: „Jede frühe Hilfe wirkt und ist kostengünstig jede späte Hilfe ist teuer und wirkt nicht. Deshalb müssen wir motivieren und Netzwerke organisieren: Unsere Grundschullehrer besuchen jedes neuangemeldete Kind“, so

Hilgers, der auf „Motivation im Dialogverfahren“ setzt.

Der Bezirkssozialdienst besuche alle Kinder nach der Geburt. „Die Mitarbeiter identifizieren die Notwendigkeit zur Hilfe, die Menschen freuen sich, weil sie die Mitarbeiter nicht als Eingriffsbehörde, sondern zur Unterstützung erleben. Wir bieten vom Haushaltsorganisationstraining bis zur ‚Ersatzoma‘ zielgenaue Hilfen an.“

30 Prozent Kinderkrippenplätze schaffe Dormagen in nächster Zukunft. Die Kinderärzte des Gesundheitsamtes gehen in die KiTas, Vorsorgeuntersuchungen finden dort statt. „Wir besuchen jeden, der sein Kind mit drei nicht im Kindergarten angemeldet hat, deshalb schaffen wir bald 100 Prozent Anmeldungen.“

Kinderärzte und Hebammen sprechen Schwangere an, um Hilfen anzubieten, bei den U 9-Untersuchungen haben wir heute nur eine Teilhabe von 55 Prozent. Durch unser System werden wir bald 100 Prozent erreichen und dann werden die Sprachstörungen bei Kindern nicht mehr vorhanden sein. Hilgers kritisierte das „defizitäre Denken“ der Politik und kritisierte die Landesregierung. „Gute Ergebnisse bei der Sprachstandserhebung führen zur Kürzung der Landesmittel.“ „Das defizitäre Denken der Politik statt sinnvoller Prävention verhindere das Bemühen, die ‚Bildungskommune‘ aufzubauen.

Ein Konzept der „Prävention“ sei schon in wenigen Jahren kostengünstiger als nachsorgende Hilfe: „Wenn wir die sozialen Tätigkeiten präventiv vorverlagern, dann wird es nicht teurer.“

DIE STADT: VORAUSSETZUNG GELINGENDER DEMOKRATIE

„Die Stadt der Bürgerinnen und Bürger“ stand im Mittelpunkt des Diskurses zwischen **Prof. Klaus Beckmann**, Leiter des Deutschen Instituts für Urbanistik in Berlin und dem DGB-Landesvorsitzenden Guntram Schneider.



Die Zukunft des Lebens- und Wirtschaftsraumes sieht Prof. Beckmann chancenreich. Von der Renaissance der Städte war bei beiden Referenten die Rede, doch gleichermaßen wurde die Grundbedingungen formuliert: Auch die Stadt der Zukunft muss als politisches und soziales System Leistungen der Daseinsvorsorge bereitstellen, die nicht gefährdet werden dürfen.

Sie bilden die Grundlage auch für Engagement der Bürgerinnen und Bürger, das jede Stadt lebenswert macht.

Viele Faktoren gefährden jedoch die Entwicklungsperspektiven: die unzureichende Finanzausstattung der Kommunen sei ein Kernproblem, das dauerhaft „die Stadt verhindere“. Dabei ist eine funktionierende

Stadt die Voraussetzung für das Gelingen der Demokratie im Staat insgesamt. Gleichmaßen beklagt Prof. Beckmann die unzureichende Regelungskompetenzen der Kommunen: „Von Feinstaubregelungen bis zur Kindererziehung ist es ein Nachlaufen der Kommunen.“ Fehlendes „Einlassen der



Bürger auf die Stadt als Folge wachsender Mobilität“ sieht der Difu-Chef ebenfalls als Herausforderung der Städte.

Übereinstimmend betrachten beide Referenten die Gefährdung der Verantwortung für die Daseinsvorsorge. „Wollen wir Wettbewerb oder die eigene Wahrnehmung städtischer Aufgaben mit Gestaltungsmöglichkeiten?“ Statt rein betriebswirtschaftlicher Betrachtung mehr gesellschaftliche Verantwortung war eine der Forderungen. Der Verkauf von Wohnungsbeständen im öffentlichen Eigentum sei ein Kardinalfehler. „Der LEG-Verkauf durch das Land sei ‚ein Skandal‘, so Schneider, der darauf hinwies, dass die Hälfte der Mieter der LEG-Wohnungen Hartz IV-Empfänger seien. Zur Angst vor Arbeitslosigkeit komme die Angst vor dem Verlust der Wohnung hinzu. Sozialräumliche Probleme ließen sich durch eine soziale Stadtpolitik vorbeugend steuern, statt negative Folgen zu finanzieren: quasi die räumliche Seite des vorbeugenden Sozialstaates. Zu Recht erlebe das Gesellschaftswesen eine Renaissance, die gefördert werden solle.“

Guntram Schneider forderte eine bessere Finanzausstattung der Kommunen auch aus arbeitsmarktpolitischen Gründen. Das Credo „Privat vor Staat“ sei eine Ideologisierung von Politik, die zum bösen Erwachen führen werde. „Die elementaren Aufgaben der Daseinsvorsorge gehören in kommunale Verantwortung“, fordert der DGB-Chef.



Zur lebenswerten Stadt gehöre aber auch die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger: die meisten Menschen lebten dauerhaft an ihren Standorten, sie brauchen mehr demokratische Beteiligungsmöglichkeiten. Bürgerbegehren müssten erleichtert werden, so seine Forderung. Dabei dürften Plebiszite nicht die kommunale Verantwortung der Räte ausschalten.

Kern unseres Systems bleibe die Parteidemokratie.

Schneider und Beckmann sprachen sich übereinstimmend für die „integrierte Stadt“ aus, die auch Arbeit und Industrie in den Städten möglich machen müsse. Es müsse auch in den Städten Wertschöpfung geben. Kritisch betrachtet wurde darüber hinaus der Trend zur Suburbanisierung: die Verlagerung von Menschen, Industrie und Arbeit an die Peripherie sei keine Perspektive. Mit Nachdruck forderten beide Diskutanten eine Stärkung des öffentlichen Nahverkehrs, weil wir sonst „im Stau ersticken.“ Erträgliche Städte für Ältere, attraktive Städte für Jüngere: Stadt sei auch eine kulturelle Veranstaltung, weshalb die Kulturpolitik aus ihrem stiefmütterlichen Dasein befreit werden müsse.

Beckmann und Schneider sehen eine Renaissance der Städte: Die Rückkehr in die Städte müsse auch für junge Familien möglich sein, bei der älteren Generation sei dies bereits erkennbar. Daraus entstehe auch die Chance zu neuem sozialen Engagement für lebenswerte Städte der Zukunft.

KULTUR DER STADT – STADT DER KULTUR

Fritz Pleitgen, ehemaliger WDR-Intendant, gegenwärtig Geschäftsführer der Ruhr 2010 und Dr. Gerhard Langemeyer skizzierten am Beispiel der Kulturhauptstadt



2010 die Bedeutung der Kulturpolitik für die Kommunen

Gerhard Langemeyer, selbst ehemaliger Leiter der Museen Schloss Cappenberg und danach des Dortmunder Museums für Kunst und Kulturgeschichte, erinnerte an



seine erste Aufgabe, das Museum in „die Stadt zurückzubringen“, es näher an die Menschen zu bringen und gab eine ungewöhnliche Erklärung für die Entstehung des Museums 1886: „Das war ein Akt der Wirtschaftsförderung.“

Anschließend verwies er auf die programmatische Entwicklung der Kulturpolitik im Rahmen der Programmdebatte der SPD. „Die Freiheit der Kultur zu schützen, ihren Rahmen zu sichern, sie nicht dem Kommerz zu überlassen, aber auch ihre wirtschaftliche Bedeutung zu erkennen, das sind auch kommunale Aufgaben.“

Er betonte den ständigen Konflikt der Kulturpolitik mit der kommunalen Finanzlage, den er als ehemaliger Dortmunder Kämmerer kenne und daher um die Notwendigkeit wisse, die Kultur auch in kritischer Zeit zu schützen.

Kommunale Kulturpolitik sei ein zentraler Bestandteil der Attraktivität einer Stadt: der Zusammenhang von Beschäftigung und Wohnen in der eigenen Stadt werde nur gelingen, wenn neben Städtebau und Arbeit eine hochwertige kulturelle Umgebung vorhanden sei, um Lebensqualität zu sichern. „Deshalb war der Bau eines Konzerthauses in Zeiten des Haushaltssicherungskonzeptes in Dortmund kein Widerspruch.“ Den Wandel durch Kultur erläuterte an diesem Beispiel mit den Wirkungen auf die Entwicklung des Stadtteils, der eine deutliche Auf-